



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970

Empfehlungen

Wissenschaftsrat

Bonn, 1970

a) Annahmen für die Schätzung der Personalausgaben

urn:nbn:de:hbz:466:1-8308

annahmen steigt ihre Zahl von rd. 33 000 im Jahre 1969 auf rd. 60 000 im Jahre 1975. Nach den oberen Modellannahmen bleibt diese Zahl bis 1980 etwa konstant, nach den unteren Modellannahmen geht sie bis 1980 auf knapp 50 000 zurück. Für die Jahre 1970 bis 1976 wird somit die Zahl der deutschen Studienanfänger des Lehramtsstudiums insgesamt rd. 345 000 betragen, in den Jahren 1965 bis 1976 rd. 470 000.

- Die sich für die Jahre 1965 bis 1976 ergebende Studienanfängerzahl von 470 000 liegt um etwa ein Drittel über der unteren Grenze der Zahl der nach dem Modell in den Jahren 1969 bis 1980 erforderlichen Nachwuchskräfte (356 000) und um rd. 3 % unter der Zahl nach der oberen Grenze des Modells (484 000).

Die im Modell vorgesehenen Zahlen für die Studienanfänger des Lehramtsstudiums entsprechen somit dem Bedarf des Schulbereichs an Nachwuchskräften. Soll die erforderliche Lehrerzahl erreicht werden, so muß bei zunehmender Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger die Zahl der Studienanfänger des Lehramtsstudiums überproportional steigen. Und zwar muß sich der Anteil dieser Studienanfänger an der Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger von 31 % im Jahre 1969 auf 37 % im Jahre 1975 oder am Geburtsjahrgang gemessen von 4,4 % auf 7,5 % erhöhen. In den folgenden Jahren kann der Anteil bei weiterhin steigender Gesamtzahl der deutschen Studienanfänger wieder zurückgehen, und zwar bis 1980 auf 20 % der deutschen Studienanfänger oder auf 5 bis 6 % des Geburtsjahrgangs.

F. II. Schätzung des Finanzbedarfs für das Modell der Schüler- und Studentenzahlen

Um einen Überblick über den gesamten Finanzbedarf für den Schul- und Hochschulbereich im Jahre 1980 zu bekommen, wird — getrennt für die beiden Bildungsbereiche — nach drei Ausgabenarten geschätzt, nämlich nach Personalausgaben, sächlichen Verwaltungsausgaben und Ausgaben für Investitionen. Die Berechnung erfolgt einmal in Preisen von 1966, zum anderen unter Berücksichtigung von vorgegebenen Einkommens- und Preissteigerungen.

Bei der Schätzung der Personalausgaben müssen die Einkommensteigerungen je Beschäftigten, bei der Schätzung der säch-

lichen Verwaltungsausgaben und der Ausgaben für Investitionen die Entwicklung des Preisniveaus berücksichtigt werden. Die Einkommens- und Preissteigerungen lassen sich nur im Zusammenhang mit Annahmen über die Entwicklung des Brutto-sozialprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen der gesamten Volkswirtschaft beurteilen.

Im folgenden werden Annahmen benutzt, die auf Angaben der Bundesministerien für Wirtschaft und der Finanzen beruhen.

Die Ergebnisse der Berechnungen, die auf diesen Annahmen basieren, müssen entsprechend der tatsächlichen Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus, der Baupreise und der Einkommen ständig korrigiert werden.

Entwicklung
des Brutto-
sozialprodukts
und der Preise

Die durchschnittliche jährliche Zunahme des nominalen Brutto-sozialprodukts wird von den Bundesministerien für Wirtschaft und der Finanzen für das nächste Jahrzehnt auf 6 bis 6,5 % geschätzt. Dieser Schätzung liegen die Annahmen zugrunde, daß die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität (reales Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen) 4 bis 4,5 %, bei der Zahl der Erwerbstätigen 0,3 % und beim gesamtwirtschaftlichen Preisniveau 1,5 bis 2 % betragen.

Einkommens-
steigerungen

Dieser Entwicklung entspricht eine durchschnittliche jährliche Zunahme der Bruttolohn- und Gehaltssumme je abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft von knapp 6 %. Bei der Schätzung der erforderlichen Personalausgaben für das Modell der Schüler- und Studentenzahlen wird daher mit einer jährlichen Zunahme des durchschnittlichen Einkommens der Erwerbstätigen im Bildungsbereich von 6 % gerechnet. Die Versorgungsausgaben bleiben unberücksichtigt.

Preisentwick-
lung der Sach-
mittel

Bei den sächlichen Verwaltungsausgaben ist mit Preissteigerungen in Höhe der allgemeinen Preisentwicklung zu rechnen. Dennoch werden die sächlichen Verwaltungsausgaben als konstanter Anteil an den Personalausgaben ermittelt. Auf diese Weise geht eine bessere zukünftige Sachausstattung des Bildungsbereichs in die Berechnung ein.

Entwicklung
der Baupreise

Die durchschnittlichen jährlichen Preissteigerungen bei Bauten werden von den Bundesministerien für Wirtschaft und der Finanzen für das nächste Jahrzehnt auf 2 bis 3 % geschätzt. Bei der Ermittlung der Ausgaben für die erforderlichen Investitionen im Bildungsbereich wird mit Preissteigerungen von 3 % ge-

rechnet, ausgehend im Schulbereich von den Preisen 1966 und im Hochschulbereich von den Preisen 1969.

Der Abschreibungssatz für die Schul- und Hochschulbauten wird mit jährlich 2,5 % angenommen.

Abschreibungen

Im folgenden werden die für das Modell der Schüler- und Studentenzahlen erforderlichen fortdauernden Ausgaben (Personalausgaben und sächliche Verwaltungsausgaben), die Ausgaben für die erforderlichen Investitionen und eine Zusammenfassung des Finanzbedarfs des gesamten Bildungswesens bei einer Realisierung des Modells bis 1980 dargestellt.

II. 1. Schätzung der fortdauernden Ausgaben

a) Annahmen für die Schätzung der Personalausgaben

Bei der Schätzung der Personalausgaben wurde von den Personalausgaben je Beschäftigten ausgegangen. In Anlehnung an die Ergebnisse für 1966¹⁾ wurden die Personalausgaben je Beschäftigten in Preisen von 1966²⁾ für die einzelnen Bereiche des Bildungswesens wie folgt geschätzt (vgl. Tabelle 40, Bd. 3):

Personalausgaben je Beschäftigten

- 20 000 DM für den Schulbereich,
- 22 000 DM für das zwei- bis dreijährige Studium,
- 20 000 DM für das Lehramtsstudium,
- 18 000 DM für das vier- bis sechsjährige, das Aufbau- und das Kontaktstudium sowie für die Verwaltung,
- 13 000 DM für die Kliniken.

Die Personalausgaben je Beschäftigten liegen beim vier- bis sechsjährigen Studium etc. sowie bei den Kliniken niedriger als im Schulbereich, da der Anteil des nichtwissenschaftlichen Personals in diesem Bereich bedeutend höher ist.

Die Empfehlungen zur Lehrerausbildung schlagen vor, alle Lehrer mit wissenschaftlicher Ausbildung als Bedienstete des höheren Dienstes einzustufen³⁾. Dadurch steigen die Personalausgaben je Beschäftigten im Schulbereich um etwa 10 %. Nimmt man an, daß diese Empfehlung realisiert wird und daß die

1) Neuere Ereignisse liegen nicht vor.

2) Diesen Schätzungen liegt die Stellen- und Besoldungsstruktur des Jahres 1966 zugrunde.

3) Vgl. Anlage 1, Bd. 2, S. 43.